

**RT 2.1 UNIVERSITÄT  
DUISBURG-ESSEN**  
ANALYSIS OF HOW THE CHOICE OF  
WORKING MONOLINGUALISM  
(INTERNAL COMMUNICATION) CAN  
PROGRESSIVELY PENETRATE INTO  
THE ENTIRE COMMUNITY  
(EXTERNAL COMMUNICATION) AND  
AFFECT THE OTHER LANGUAGES  
USE

---

Die Forschungsaufgabe der Universität Duisburg-Essen im WP2 des Projektes ist *"Analysis of how the choice of working monolingualism (internal communication) can progressively penetrate into the entire community (external communication) and affect the other languages and language use."*

Als Grundlage für Forschungen zur genannten Frage in den ersten achtzehn Monaten des Projektes dienten die im WP 4.1. von DYLAN detailliert entwickelten Konzepte von Fairness und Effizienz und die nach Auswertung der bisherigen Forschungsliteratur als diskussionswürdig befundenen Vorschläge für Sprachenregelungen, die diese Konzepte implizit oder explizit berücksichtigen.

Während der letzten sechs Monate, auf die sich dieser Bericht bezieht, wurden Erhebungen zum Sprachgebrauch in der Öffentlichkeitsarbeit der EU-Kommission und des EP über das Internet durchgeführt. Zweiter Schwerpunkt waren Interviews mit Direktoren der Sprachendienste der Kommission, des Rates und des EP zu internen Sprachenregelungen in den Organen sowie zu Meinungen, Einstellungen und Erwartungen zu gegenwärtigen und zukünftigen Sprachenregelungen.

Die Internetauftritte der Kommissare der EU erfüllen in den meisten Fällen nicht den in vielen Dokumenten der Organe erhobenen Anspruch nach einem hohen Maß an Multilingualismus. Über die Hälfte der Auftritte muss mit dem Prädikat "stark eingeschränkte Sprachenvielfalt" bedacht werden. Die Internetauftritte der Fraktionen des EP zeigen ebenfalls im Wesentlichen nicht die Sprachenvielfalt, die gerade für eine bessere Information und Akzeptanz europäischer Politik in den Organen der EU immer wieder gefordert wird.

Wichtigster Befund der Interviews mit Direktoren der Sprachendienste ist, dass die faktische zweisprachige Arbeitssprachenlösung mit zunehmender Dominanz des Englischen bestätigt wird. Sie wird nicht problematisiert, sondern als beinahe unausweichlich hingenommen, und zwar primär aus ökonomischen Gründen. Lediglich in der Arbeit der EP-Abgeordneten wird weiterhin mehr Multilingualismus gefordert, gleichzeitig rechnet man aber in immer mehr Funktionen mit eingeschränkten Sprachenregelungen. Die Frage nach Fairness für gegenwärtige und künftige Sprachenregelungen in der EU werfen die Befragten bis auf eine Ausnahme gar nicht auf, und Effizienz wird auf ökonomische Aspekte reduziert.

Es wird eine Entwicklung in Richtung von mehr und mehr Englisch als interner Arbeitssprache erwartet, ohne dass offizielle Sprachenregelungen dazu erlassen werden. In nächster Zukunft werden bereits begonnene Interviews mit Abgeordneten des EP verstärkt weiter geführt, mit ähnlichen Schwerpunkten des Forschungsinteresses wie unter den bereits befragten Beamten.